

Bilanz der GLP in der Sozial- und Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik

18.4096 Motion SGK-N Krankenversicherung. Franchise auf 500 Franken festsetzen:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20184096>

Die Motion will die Minimalfranchise von 300 auf 500 Franken anheben.

➔ **GLP hat geschlossen dafür gestimmt**

18.036 Geschäft des Bundesrates KVG. Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20180036>

Die Vorlage sah eine automatische Erhöhung der Franchisen vor, wenn die Gesundheitskosten steigen.

➔ **GLP hat geschlossen dafür gestimmt**

15.468 Parlamentarische Initiative **Stärkung der Selbstverantwortung im KVG**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20150468>

Die Vorlage wollte Franchisewechsel nur noch alle drei Jahre erlauben, falls nicht die Minimalfranchise gewählt wurde. Faktisch hätten diese Knebelverträge die Versicherten für drei Jahre an ihre Krankenkasse gebunden.

➔ **GLP hat den Knebelverträgen zugestimmt.**

09.528 Initiative parlementaire Humbel **Financement moniste des prestations de soins**

<https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20090528>

Die Kommissionsvorlage wollte eine einheitliche Finanzierung im Gesundheitssystem einführen. Stationäre und ambulante Leistungen wären nach dem gleichen Schlüssel finanziert worden. Die Kantone hätten einen fixen Beitrag an die Krankenkassen geleistet und diese hätten den Rest beigesteuert. Heute beteiligen sich die Kantone nur an den stationären Leistungen. Alle ambulanten Leistungen werden über Prämien finanziert. Allerdings hätte die Revision bedeutende Kollateralschäden mit sich gebracht: Die Spitäler hätten mehr Geld aus der Grundversicherung erhalten, die privaten Zusatzversicherungen hätten weniger bezahlt. Vor allem aber wären die Möglichkeiten der Kantone zur demokratischen Steuerung eingeschränkt worden, insbesondere bei der Spitalplanung.

➔ **In der Vernehmlassung hat GLP der Vorlage zugestimmt.**

Im Rahmen der EL-Reform wurde diskutiert, ob der Bund sich teilweise aus der Finanzierung der Prämienverbilligung (IPV) zurückziehen sollte (Senkung Bundesbeitrag von 7.5 auf 7.3 % der Bruttokosten): https://www.parlament.ch/poly/Abstimmung/50/out/vote_50_16819.pdf

→ **GLP hat der Schwächung der IPV einstimmig zugestimmt**

18.047 Geschäft des Bundesrates **KVG. Zulassung von Leistungserbringern**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180047>

Die Vorlage wollte den Kantonen mehr Möglichkeiten zur Steuerung des ambulanten Angebots geben. Sie sah insbesondere die Möglichkeit vor, dass die Kantone einen Zulassungsstopp für neue Arztpraxen verhängen können, um die Kosten besser kontrollieren zu können. Die bürgerliche Mehrheit wollte die Aufhebung des Vertragszwangs in die Vorlage packen. Das hätte den Krankenkassen die Möglichkeit gegeben, die freie Arztwahl einzuschränken.

→ **GLP stimmte einstimmig der Aufhebung des Kontrahierungszwangs zu. Siehe auch Mo. 13.3265 Stahl:** <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20133265>

17.480 Parlamentarische Initiative Weibel **Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20170480>

Die Pa. Iv. will eine Praxisgebühr von 50 Franken einführen, die vor Ort bezahlt werden muss, wenn jemand den Notfall aufsucht. Damit sollen so genannte Bagatellfälle vermieden werden. Allerdings lässt es die administrativen Kosten explodieren, weil bei jedem einzelnen Fall definiert werden muss, ob es sich um einen Notfall handelt oder nicht, da die Gebühr im Falle eines echten Notfalls nicht bezahlt werden müsste.

Sozialpolitik

17.521 Parlamentarische Initiative Weibel **Flexible BVG-Renten ermöglichen**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20170521>

Die Parlamentarische Initiative will die Renten im überobligatorischen Bereich an die finanzielle Situation der Versicherungen und an die Situation auf dem Finanzmarkt knüpfen. Die Konsequenz ist, dass die Versicherten keine Rechtssicherheit mehr haben und die Renten unsicher werden («Wackelrenten»).

14.088 Geschäft des Bundesrates **Altersvorsorge 2020. Reform**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20140088>

Im Rahmen der Vorlage wurden folgende Elemente diskutiert:

1. Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre.

→ **GLP stimmte geschlossen der Erhöhung des Frauenrentenalters zu.**

2. Einführung eines Interventionsmechanismus: Dieser hätte eine automatische Erhöhung des Rentenalters bis 67 vorgesehen, wenn der AHV-Fonds unter eine gewisse Schwelle gefallen wäre.

→ **GLP stimmte geschlossen für den Interventionsmechanismus und somit für die Erhöhung des Rentenalters für alle auf 67.**

3. Interventionsmechanismus (Variante Weibel/GLP): In dieser Variante wären die AHV-Renten gekürzt worden, wenn der AHV-Fonds unter eine gewisse Schwelle gesunken wäre.

➔ **GLP stimmte geschlossen für die Kürzung der laufenden Renten.**

4. Die rechte Mehrheit wollte die Kinderrenten in der AHV abschaffen. Diese Kinderrenten gehen an AHV-RentnerInnen, die unterhaltspflichtige Kinder haben.

➔ **GLP stimmte geschlossen für die Abschaffung der AHV-Kinderrenten.**

5. Abbau bei den Witwenrenten: Es ging darum, die Witwenrenten von 80 % auf 60 % einer normalen AHV-Rente zu kürzen. Zusätzlich wollte die Rechte die Witwenrenten beschränken auf Personen, die Kinder oder Jugendliche in Ausbildung haben.

➔ **GLP stimmte geschlossen für den Abbau bei den Witwenrenten.**

6. Die Lebensversicherer können bis zu 10 % des Ertrags im BVG in die eigene Tasche stecken («Legal Quote»). Diese 10 % werden vom Geld, das die Versicherten in der 2. Säule für ihre Rente eingezahlt haben, abgezogen. Der Bundesrat wollte die Legal Quote von 10 % auf 8 % senken. Die rechte Mehrheit hat diese Senkung abgelehnt.

➔ **GLP stimmte gegen die Senkung der Mindestquote**

7. Um die Transparenz in der 2. Säule zu verbessern, wollte der Bundesrat die Höhe der Risikoprämien begrenzen. Diese sind systematisch doppelt so hoch wie die effektiv ausbezahlten Prämien. Das bringt den Versicherern jährlich Millionen.

➔ **GLP stimmte gegen die Massnahmen für die Bekämpfung der missbräuchlichen Risikoprämien.**

18.031 Geschäft des Bundesrates **Steuervorlage 17**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180031>

Der AHV-Teil in der STAF-Vorlage bringt der AHV jährlich mindestens 2 Milliarden Franken. Das entlastet die AHV und gibt die Möglichkeit, die nächste AHV-Reform sauber und seriös zu planen.

➔ **GLP lehnte die STAF in der Schlussabstimmung ab und war somit gegen eine zusätzliche Finanzspritze für die AHV.**

17.022 Geschäft des Bundesrates **IVG. Änderung (Weiterentwicklung der IV)**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20170022>

Im Rahmen der laufenden IV-Revision wollte die Rechte die Kinderrenten in «Elternzulage» umbenennen. Das hätte den Zweck der Rente von Grund auf verändert, denn die Kinderrente dient dazu, die Bedürfnisse von Kindern zu decken, während «Elternzulagen» suggerieren, dass es um Zuschüsse für Eltern geht, die es nicht zwingend bräuchte. Das macht es viel einfacher, Kürzungen zu legitimieren.

➔ **GLP stimmte der Änderung des Begriffs «Kinderrente» auf «Elternzulage». Somit will man Spielraum für Kürzungen schaffen.**

Ausserdem will die rechte Mehrheit die Kinderrenten von 40 % auf 30 % der Elternrenten senken.

➔ **Bei der Senkung der Kinderrenten stimmte ein Teil der GLP zu.**

16.479 Parlamentarische Initiative SGK-S **Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20160479>

Die Vorlage zur Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Überwachung von Versicherten war völlig unausgewogen und übertrieben. Es gab Privatdetektiven mehr Überwachungsmöglichkeiten als der Polizei und die Umsetzungsbestimmungen sind so vage, dass Versicherungen und Detektive viel tief in die Privatsphäre der Versicherten eindringen dürfen.

➔ **GLP hat der Vorlage zur unverhältnismässigen Überwachung von Versicherten zugestimmt.**

6. Juni 2019